

Stromverbrauch senken. Ein Gewinn für das Klima und die Verbraucher

Stand: September 2008

Strom wird teurer und viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben Probleme, die höheren Preise zu bezahlen. Die wirksamsten und nachhaltigsten Mittel gegen die Kostensteigerung durch höhere Energiepreise sind eine Senkung des Verbrauchs und die Steigerung der Energieeffizienz. Deshalb müssen alle Haushalte in Deutschland in die Lage versetzt werden, ihren Energieverbrauch zu reduzieren.

Ohne mehr Stromeffizienz würde Deutschland zudem seine Klimaschutzziele nicht erreichen. Der Stromverbrauch ist für 43 Prozent der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen in Deutschland verantwortlich. Jede Kilowattstunde Strom belastet das Klima mit über 600 Gramm Kohlendioxid. Für eine klimaverträgliche Energieerzeugung reicht es nicht aus, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Parallel dazu muss auch der Stromverbrauch deutlich verringert werden. Der Trend geht aber seit vielen Jahren in die falsche Richtung. Zwischen 1998 und 2003 ist der Stromverbrauch um 3,7 Prozent gestiegen. Seitdem stagniert er auf hohem Niveau. Der BUND lehnt Vorschläge ab, über eine Senkung der Energiepreise den Energieverbrauch zu subventionieren oder einen bestimmten Energieverbrauch freizustellen. Denn so werden keine Anreize geschaffen, den Stromverbrauch langfristig zu senken.

Energiespar-Potenziale

Die privaten Haushalte und die Kleinverbraucher verbrauchen 49 Prozent des Stroms in Deutschland. 20 Prozent des Stromverbrauchs der privaten Haushalte und der Kleinverbraucher können bis zum Jahr 2010 laut einer Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) eingespart werden. So würde das Klima um 25 Millionen Tonnen CO₂ entlastet. Viele Geräte sind in den letzten Jahren wesentlich effizienter geworden, z.B. Kühlgeräte, Geschirrspülmaschinen und Waschmaschinen. Hier lohnt es sich, wenn veraltete Geräte durch neue ersetzt werden. Allerdings sind die meisten angebotenen und verkauften neuen Geräte längst nicht so sparsam, wie die besten am Markt verfügbaren Geräte. Dies bestätigt eine aktuelle Analyse des BUND für Kühlgeräte.

Lange hat der BUND etwa ein Marktanreizprogramm für effiziente Elektrogeräte gefordert, jetzt besteht die große Chance diesen Vorschlag auch umzusetzen. Denn auch aus dem Wirtschafts- oder Umweltministerium kommen Vorschläge in diese Richtung.

Vorschläge des BUND

1. Starkes Energieeffizienzgesetz

In den nächsten Monaten ist die Bundesregierung gezwungen, sich im Rahmen der Umsetzung der Energiedienstleistungsrichtlinie der EU noch einmal mit dem Thema Steigerung der Energieeffizienz zu beschäftigen. Der BUND fordert, mindestens zwei zentrale Vorhaben mit diesem Gesetz umzusetzen: Einen gut ausgestatteten Klimaschutzfonds, der die Stromeffizienz in wesentlichen Bereichen voranbringen muss, und ein nationales „Top-Runner-Programm“.

1.1 Klimaschutzfonds

Die seit vielen Jahren geforderte Einführung eines Klimaschutz- bzw. Energieeffizienzfonds darf nicht länger verzögert werden.

Der Klimaschutzfonds kombiniert Förderprogramme, Beratung und Ausschreibungen zur Kostensenkung innovativer Effizienztechnologien. So sorgt er dafür, dass noch wenig verbreitete, aber hoch effiziente Technologien vermehrt eingesetzt werden und die Kosten für Wirtschaft und Verbraucher sinken.

Mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr sind nach Einschätzung des BUND für den Klimaschutzfonds notwendig. Diese Mittel können durch Verwendung eines Teils der Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Emissionsrechte leicht aufgebracht werden. Aus den zu erwartenden Erlösen in Höhe von rund einer Milliarde Euro jährlich soll die Hälfte an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden: mit Hilfe des Effizienzfonds und des Marktanreizprogramms. Die Versteigerungserlöse sind hier sehr gut angelegt, denn:

- Das Geld kommt den Stromverbrauchern zugute.
- Sowohl die privaten Haushalte als auch kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von den geförderten Effizienztechnologien.

- Innovative Hersteller mit effizienten Technologien können diese trotz der Marktmacht und Trägheit der Handelsketten verkaufen.
- Der Emissionshandel entlastet das Klima endlich in der gesamten Kette von der Stromerzeugung bis zum Stromverbrauch.

Der Klimaschutzfonds sollte zunächst zwei zentrale Maßnahmen zur Steigerung der Stromeffizienz umsetzen. Eine Förderung von Energiesparberatung und Energiesparteknik für einkommensschwache Haushalte und ein Marktanzreizprogramm für effiziente Elektrogeräte.

1.1.1 Marktanzreizprogramm für effiziente Geräte

Als zweite wichtige Sofortmaßnahme braucht es ein Markteinführungsprogramm für energieeffiziente Geräte. Ein Marktanzreizprogramm Stromeffizienz wirkt im Vergleich zu anderen Instrumenten im Bereich Stromsparen besonders schnell. Hocheffiziente Geräte sind derzeit wegen zu geringer Verkaufszahlen noch in der Marktnische gefangen, z.B.:

- Besonders sparsame Kühlgeräte mit EU-Label A++
- Hocheffiziente Beleuchtung, T5-Lampen, zeit-, präsenz- und tageslichtabhängige Steuerung, LED
- Effiziente Heizungs- und Warmwasser-Zirkulationspumpen („Faktor Vier Pumpen“)

Dieses Programm könnte, wie vielfach vorgeschlagen, mit Anreizen zum Erwerb besonders effizienter Kühlschränke beginnen. Es sollte aber nicht darauf beschränkt sein, sondern nach und nach möglichst viele Gerätegruppen umfassen.

Wichtig ist, dass dieses Programm ein spezielles Förderangebot für einkommensschwache Haushalte enthält. Denn gerade für diese Haushalte sind hohe Anschaffungskosten oft ein Hindernis, obwohl diese Geräte einen wichtigen Beitrag leisten, die Kosten für Energie dauerhaft zu reduzieren. Investitionen in besonders Strom sparende Geräte sollen mit einem Zuschuss gefördert werden.

Die Kosten belaufen sich auf ca. 200 Mio. Euro pro Jahr und sollen ebenfalls aus den Versteigerungserlösen des Emissionshandels finanziert werden.

1.1.2 Pilotprojekt „Energiesparservice“ bundesweit ausdehnen

Der BUND fordert die bundesweite Finanzierung, die die Ausdehnung des Projektes „Energiesparservice“ der Frankfurter Caritas und ähnlicher Projekte ermöglicht.

Im Energiesparservice werden arbeitlose Leistungsempfänger zu Serviceberatern für Energie- und Wassersparteknik qualifiziert. Die Teilnehmer führen in Haushalten mit geringem Einkommen kostenlos eine Energieberatung durch und informieren über Einsparmöglichkeiten. Neben der kostenlosen Energieberatung werden den Haushalten auch so genannte Starterpakete angeboten. Die Kosten für das Paket betragen ca. 50 Euro und sparen mind. 100 Euro im Jahr ein (und dies dann mind. weitere fünf Jahre). Es trägt zur dauerhaften Einsparung von Strom, Wasser (Warmwasser = Energie) und Heizenergie bei.

Inzwischen wurde die Projektidee von anderen Caritasverbänden und/oder Kommunen übernommen, so in Düsseldorf und in Nürnberg. Aber auch ein solches System braucht Förderung. In den Niederlanden zahlt der Staat die Einsparpakete, die dann über die Kommunen an Haushalte mit geringem Einkommen verteilt werden. Der BUND fordert, dass auch in Deutschland die Finanzierung der Einsparpakete zentral gesichert wird. Damit wird es den Kommunen und sozialen Trägern deutlich erleichtert, dieses Projekt zu übernehmen. Für Deutschland ist ein jährlicher Betrag von mind. 100 Mio. Euro für die Finanzierung der Einsparpakete erforderlich. Dieser sollte sofort bereitgestellt werden und aus den Einnahmen des Emissionshandels finanziert werden. Damit können dann zwei Millionen Haushalte jährlich erreicht werden. Ergänzend braucht es einen Fördertopf, der für eine bessere fachliche Begleitung derartiger Projekte 50-100 Mill. Euro jährlich zur Verfügung stellt.

1.2 Nationales Top-Runner-Programm

Auf der europäischen Ebene wird derzeit über eine bessere Verbrauchskennzeichnung und vor allem über Mindeststandards für Elektrogeräte im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie verhandelt. Der BUND setzt sich aktiv dafür ein, dass ambitionierte Regelungen geschaffen werden. Ein schnelles beschließen eines europäischen/internationalen Top-Runner-Programms, wie es auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition vorsieht, ist nicht in Sicht ist. Deshalb fordert der BUND ein nationales Top-Runner-Programm. Dieses sollte insbesondere für die Bereiche gelten, die bisher nicht von der EU-Verbrauchskennzeichnung erfasst werden, also etwa Unterhaltungs- und Büroelektronik. Ein Ziel ist eine klare Verbrauchskennzeichnung für diese Bereiche. Die Verbrauchskennzeichnung orientiert sich an den besten, den Top-Runnern. Die Folge ist, wenn Unternehmen besonders effiziente Modelle auf den Markt bringen, können sie damit die Kennzeichnung zu ihren Gunsten verschieben. Dass so ein Ansatz auch auf Deutschland beschränkt sinnvoll ist, hat auch das Umweltbundesamt in seinem Vorschlag eines „Effizienzwettkaufs“ bestätigt.

2. Verbot von Nachtspeicherheizungen

Bei Nachtspeicherheizungen handelt es sich um die umweltschädlichste und zunehmend auch teuerste Art der Wohnraumbeheizung. Rund 14 Prozent des deutschen Stromverbrauchs werden allein für die elektrische Raumheizung und die elektrische Warmwasseraufbereitung verbraucht. Gerade einkommensschwache Haushalte müssen oft diese ineffizienten Heizungen benutzen.

Eigentlich wollte die Bundesregierung die gesetzlichen Vorgaben zum Ersatz der Nachtspeicherheizungen mit der Neufassung der Energieeinsparverordnung (EnEV) schaffen. Dieses Vorhaben wurde nach dem vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf der EnEV aber auf die lange Bank geschoben. Erst ab 2020 soll mit dem Austausch begonnen werden. Der Bundesrat muss diese Regelung deutlich verschärfen. Die Austauschpflicht muss von einem einkommensabhängigen Förderprogramm begleitet werden.

Kontakt und weitere Information:

Thorben Becker

Teamleiter Klimaschutz

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Friends of the Earth Germany

Am Köllnischen Park 1, D-10179 Berlin

Fon +49-30-27586-421

Fax +49-30-27586-440

www.bund.net